

# SYSTEMRELEVANT

Transkript: Folge 277

## Was muss 2026 passieren, um unseren Wohlstand zu sichern?

**IMK-Direktor Sebastian Dullien gibt einen Ausblick über die wirtschaftspolitischen Herausforderungen im neuen Jahr – und welchen Aufgaben sich die Bundesregierung 2026 stellen muss, um unseren Wohlstand zu sichern.**

### 00:00:02 Einsprecher

Systemrelevant: Fakten für eine demokratische und nachhaltige Wirtschaft.

### 00:00:13 Marco Herack

Heute ist Mittwoch, der 7. Januar 2026. Willkommen zur 277. Ausgabe von Systemrelevant. Mein Name ist Marco Herack und wir wünschen ein frohes neues Jahr. Trotzdem.

### 00:00:24 Sebastian Dullien

Ja, also auch von mir ein frohes neues Jahr an, eigentlich darf man das bis zum 6. sagen oder zum 7.? Aber wir haben es ja noch nicht gehört. Von daher glaube ich, darf man das auch in der 1. Folge im neuen Jahr sagen.

### 00:00:35 Marco Herack

Ja, wie jedes Jahr weise ich darauf hin, dass mich ein Wirtschaftsprüfer mal dahingehend informiert hat, dass man das bis 20. Januar sagen dürfe. Also knapp weniger als 3 Wochen. Also ich denk, das ist dann legitim.

Das war Sebastian Dullien, Direktor des IMK, also des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung bei der Hans-Böckler-Stiftung und an unsere Hörerinnen und Hörer vorweg wie immer der Hinweis, dass ihr uns erreichen könnt, per E-Mail an [systemrelevant@boeckler.de](mailto:systemrelevant@boeckler.de). Also Hinweise, Korrekturen, Unmut und Anregungen bitte per E-Mail einsenden. In den Shownotes findet ihr die Liste der sozialen Netzwerke sowie unsere weiteren Podcasts, derer haben wir 2.

### 00:01:10 Marco Herack

Und zum Schluss wie immer der Hinweis, dass wir uns sehr darüber freuen, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert und somit keine Folge verpasst.

Wir möchten uns heute über die wirtschaftspolitischen Herausforderungen des Jahres 2026 unterhalten. Das ist ja, kann man mittlerweile sagen, eine Tradition. Also einmal, Sebastian, dass das IMK diese veröffentlicht in einem eigenen Policy-Brief und dass wir dann anschließend darüber sprechen.

### 00:01:37 Sebastian Dullien

Genau, also dieser Report, die wirtschaftspolitischen Herausforderungen, das gibt es auch schon länger als ich beim IMK bin. Das ist das, was wir immer so zum neuen Jahr veröffentlichen. Die Tradition darüber zu sprechen,

gibt es seit es den Podcast Systemrelevant gibt. Also seit, ich glaub, 5 Jahren dann.

**00:01:54 Marco Herack**

Ja, wir sind ja jetzt quasi im sechsten Jahr, also im März sind 6. Also, ich glaube, wir haben dieses Jahr keinen Mangel an wirtschaftspolitischen Herausforderungen oder trübt mich da mein Eindruck?

**00:02:13 Sebastian Dullien**

Nee, wir haben tatsächlich keinen Mangel und wir haben aber auch eine gewisse Fortsetzung der Geschichte, die wir im letzten Jahr hatten. Also, wir haben im vergangenen Jahr oder vor einem Jahr... Nur kurz zur Erinnerung, damals war Donald Trump gewählt, aber noch nicht im Amt. Da haben wir schon gesagt, es gibt gerade so viel geoökonomische, geopolitische Verschiebungen, dass das, exportgetriebene Wirtschaftsmodell Deutschlands so nicht mehr funktionieren wird, sondern nachjustiert werden muss. Eine der Forderungen, die wir damals hatten, war eine öffentliche Investitionsoffensive, die die Wettbewerbsfähigkeit steigert, die Resilienz steigert, dass man dafür die Schuldenbremse reformieren müsse.

**00:02:50 Sebastian Dullien**

Und jetzt sind wir ein Jahr weiter, wenn man sich das anguckt, dann muss man einfach konstatieren, wir haben uns nicht mit der Richtung, der Diagnose verschätzt, aber doch mit der Geschwindigkeit. Also, wenn du mich vor einem Jahr gefragt hättest, wie stark wird Donald Trump die Zölle erhöhen und wie wird das ausgehen, da hatten wir Szenarien, die jetzt doch ein Stück harmloser waren als das, was wir dieses Jahr tatsächlich gesehen haben. Die Erosion des regelgebundenen internationalen Handels oder der regelgebundenen internationalen Wirtschaftsordnung, das ist schon etwas, was wir echt noch mal stärker beobachtet haben, als wir es schon damals gesehen hatten und das erhöht natürlich die Herausforderungen.

**00:03:28 Sebastian Dullien**

Gleichzeitig hat es eine Reform der Schuldenbremse gegeben, die ich wahrscheinlich vor einem Jahr auch nicht in der Geschwindigkeit gesehen hätte und damit hat jetzt die Regierung auch gewisse Spielräume. Sie hat im Prinzip Spielräume, Investitionen umzusetzen mit diesem Sondervermögen. Sie hat auch ganz viel Spielräume für künftige Verteidigungsausgaben, die sie auch nutzen will. Und da ist eben auch schon was passiert. Aber aus unserer Sicht ist das noch nicht genug und vor allem auch noch nicht genau darauf abgestimmt, was wir eigentlich global erleben.

**00:04:00 Marco Herack**

Die Schuldenbremsenreform, ich glaub, wir haben in der in der letzten Folge ja auch schon drüber gesprochen, die ist natürlich bis zu einem gewissen Punkt erfolgt, aber die Reform, die kommen sollte, also dass es dann auch

nicht nur Ausnahmen gibt und Spielräume, sondern auch die Schuldenbremse an sich reformiert wird, dazu gibt es bisher wenig Neues. Also das ist noch nicht, so erfolgt, dass es am Jahresende dann da war. Also da wartet man quasi auf die Vorschläge, aber allzu große Hoffnung braucht man sich da wahrscheinlich nicht machen. Auf der anderen Seite es ist, beziehungsweise wäre das dann aber auch die Grundlage für alles andere, was folgt, ne, weil das ja erst dann die nachhaltigen Spielräume schafft, um agieren zu können.

**00:04:40 Sebastian Dullien**

Ja, also ich meine, ich würde sagen, wir hatten tatsächlich eine Reform der Schuldenbremse, weil, sie ist inzwischen über diese Verteidigungsausnahme so aufgebohrt und ausgehöhlt, dass sie an sich nicht mehr Schuldentragfähigkeit sicherstellt und auch wenn die Ausnahmen groß genug sind, dann sind das einfach eine Reform. Da wäre ich jetzt mit der Semantik ein bisschen, ja, würde ich da ungerne Differenzierung machen. Aber du hast natürlich schon recht, auf Dauer können wir nicht die Investitionen darüber finanzieren. Man kann das jetzt für eine gewisse Zeit machen, aber auch damit könnte man jetzt erstmal arbeiten und, es ist auch nicht alles eine Frage der Verschuldung, sondern es gibt auch ganz viel Dinge, die man machen könnte, ohne jetzt groß zusätzliche Schulden aufzunehmen. Da haben wir auch ganz viel in dem Report drin.

**00:05:20 Marco Herack**

Dann fangen wir doch mal oben an, wie man so schön sagt. Also Industriepolitik ist im Grunde das, was es jetzt eurer Meinung nach bräuchte und das liegt dann an dem, wie die USA, aber sicherlich auch China, auf den Märkten agieren.

**00:05:36 Sebastian Dullien**

Ja genau, also unsere Analyse ist, dass sowohl die USA als auch China jetzt massiv mit Handels- und Industriepolitik versuchen, die inländische Industrieproduktion hochzuziehen und dass das auf Kosten der deutschen Industrie geht. Für die USA hatten wir es auch schon bei Joe Biden und das ist jetzt auch ein sehr explizites Ziel von Donald Trump, eben in allen möglichen Sektoren die Sachen im Inland produzieren, zu lassen und produziert zu haben.

**00:06:06 Sebastian Dullien**

Und in China gibt es die sogenannte Made in China 2025 Strategie, die ist 2015 ins Leben gerufen worden, wo China gesagt hat, es gibt so 'ne ganze Reihe von Schlüsselbranchen, wo wir gerne Weltmarktführer sein möchten und wo wir eigentlich unabhängig sein möchten von ausländischen Importen und ausländischer Technologie. Und in diesen Bereichen machen die sehr aggressive, Industriepolitik mit allen möglichen Instrumenten. Also da gibt's dann Subventionen, da werden Werkswohnungen gebaut für die

Beschäftigten, da werden die Banken, da wird ihnen vorgeschrieben, für bestimmte Sektoren Kredite zu vergeben und so weiter.

**00:06:42 Sebastian Dullien**

Das führt dazu, dass in diesen Branchen massiv Produktionskapazitäten aufgebaut werden, auch ganz viel Forschung und Entwicklung betrieben wird, auch tatsächlich deutsche Anbieter aus dem chinesischen Markt gedrängt werden. Das war zum Beispiel auf der Vereinstagung des Vereins für Sozialpolitik, dieser großen Volkswirte-Vereinigung Deutschlands, da war auf einem Panel eine Vertreterin eines Mittelständlers aus Nordrhein-Westfalen, die Energieanlagen gebaut hat und die lange sehr erfolgreich in China war. Und die hat gesagt, ja also jetzt ziehen sie sich da zurück, weil es da die Ansage gab, dass in strategischen Bereichen, und Energieversorgung ist halt strategisch, da sollen keine ausländischen Komponenten mehr dabei sein. Und auch die Sachen, die sie in China fertigen, dürfen dann eben nicht mehr verbaut werden.

**00:07:21 Sebastian Dullien**

Die hat sich auch über Bürokratie in Deutschland beschwert, was ja hier viel diskutiert wird, aber hat halt gesagt, der Grund, warum sie da jetzt, nicht mehr verkaufen kann, ist nicht die Bürokratie in Deutschland, sondern ist einfach diese politische Ansage aus China. Aber China hat gleichzeitig auch keine Hemmungen, mit den subventionierten und geförderten Produkten auf Drittmärkte zu gehen, also irgendwo im Rest der Welt dort Konkurrenz zu machen und auch keine Hemmungen, diese Dinge dann, wo man subventionierte Überkapazitäten in China hat, dann auch in den EU-Markt zu exportieren. Und das ist natürlich schwierig, weil es auch einfach kein fairer Wettbewerb mehr ist.

**00:07:53 Sebastian Dullien**

Wenn wir da in bestimmten Sektoren noch Produktion haben möchten und auch künftig noch Unternehmen haben möchten, die sich dann auch weiterentwickeln können, dann muss aus unserer Sicht da ein gewisser Schutz her und dann müssen die auch industriepolitisch gefördert werden.

**00:08:06 Marco Herack**

Also China ist ja nicht so ganz allein mit, sag ich mal, der Wendung nach innen. Also in Kanada gibt es zum Beispiel auch Aufträge über 25.000.000 ‚Buy Canadian‘-Regelungen und Klauseln und Ähnliches. Das ist dann vielleicht nicht so expansiv wie in China, aber das ist schon so ein weltweites Phänomen, vor dem wir da stehen, ne, dass die Märkte zugehen und wir dadurch natürlich dann auch Probleme kriegen.

**00:08:33 Sebastian Dullien**

Ja, ja, klar, und es ist ein Bereich und auch ein Instrumentarium, wo die EU sich immer sehr schwergetan hat, das anzuwenden. Also in Europa gibt es

eine große Zurückhaltung und gibt auch eine gewisse Skepsis dagegen und man muss jetzt auch einfach sagen, es sind ja sehr gegenläufige Interessen, zum Teil, wenn es auch um den Schutz meinerseits des europäischen E-Automarktes geht, weil zum Beispiel Volkswagen produziert halt E-Autos in China und als Konzern, finden die das super, wenn sie da günstig produzieren können und die Dinger dann aus China in die EU exportieren können. Dass das aber vielleicht möglicherweise nicht hilfreich ist für den Fortbestand einer Automobilproduktion in Europa, das ist halt ein anderer Punkt, der dann verloren geht.

**00:09:14 Marco Herack**

Aber gut, da würde man sich sicherlich einig werden, irgendwie und irgendwo, aber generell müsste die EU ja erstmal festlegen, welches die für sie schützenswerten Bereiche sind, um dann dort Maßnahmen welcher Art auch immer zu ergreifen. Aber ich hab ja schon das Gefühl, schon da tut man sich schwer. Also bei der Stahlindustrie hat man ja jetzt mal so ein bisschen vorgelegt, aber ansonsten, ja, ist das alles so ein bisschen lau.

**00:09:40 Sebastian Dullien**

Ja, ich mein, man tut sich überhaupt schon schwer, sich darauf zu einigen, dass man sowas machen möchte. Also da fängt es ja schon an. Also möchte man eine solche ganzheitliche Industriepolitik, wie wir jetzt hier gerade anfangen zu skizzieren, auf EU-Ebene, möchte man die überhaupt haben? Dass man sagt, diverse Sektoren sind so wichtig, dass wir sie schützen und fördern möchten. Und gerade die deutschen ordoliberalen Ökonomen und Ökonomen würden sagen, es ist alles doch der falsche Weg. Denn wer sind wir denn als Staat, dass wir wissen, welche Sektoren künftig wichtig sind? Vielleicht sind das gar nicht die Sektoren und dann lassen wir besser mal den Markt entscheiden.

**00:10:13 Sebastian Dullien**

Und deswegen hat auch die deutsche Regierung da keine saubere Position. Ich glaube, es wäre schon sehr, sehr hilfreich, wenn Deutschland jetzt hingehen würde, sagen würde, wir brauchen eine strategische Industriepolitik und vielleicht auch für die Sektoren A, B und C, die in Deutschland wichtig sind und mit dem Vorschlag nach Brüssel geht, dass man, das jetzt mal bitte umsetzen sollte. Aber das passiert eben in der Form nicht und das Interessante ist, wenn man sich den Koalitionsvertrag anguckt, da taucht das Wort Industriepolitik nicht auf. Da steht noch mal irgendwo industriepolitisch, irgendwas, also Kapitalmarkt, irgendeine kleine Kapitalmarktsache sei ein industriepolitisches Ziel, aber sonst taucht das eigentlich als Wort nicht auf.

**00:10:51 Sebastian Dullien**

Man hat dann alle möglichen Maßnahmen für einzelne Branchen in dem Koalitionsvertrag, aber die sind halt alles andere als ganzheitlich und eigentlich

sind die alle nicht das, wie man Industriepolitik machen sollte, wenn das erfolgreich sein soll.

**00:11:06 Marco Herack**

Ja, was machen wir denn jetzt damit? Also im Grunde ist doch klar, dass es Branchen gibt, wo Dinge hergestellt werden, auf die wir nicht verzichten können, ne? Medikamente, Stahl ist sicherlich auch etwas, was man, grundsätzlich hier gerne haben möchte, Rohstoffpolitik, dass man auch abseits von China in kritische Mineralien rankommt und so weiter und so fort. Also das sind ja alles Sachen, wo ich immer das Gefühl hab, da gibt es so eine grundsätzliche öffentliche Einigkeit darüber, dass wir das uns irgendwie sichern sollten. Nur gibt es dann halt so Sachen wie seit einem Jahr doktern die da daran rum, irgendwie Gelder für die Förderung seltener Erden oder für Projekte überhaupt rauszugeben.

**00:11:45 Marco Herack**

Und da reden wir ja noch nicht, dass da irgendwas angefangen wurde, sondern da wird erstmal 'n Jahr lang geprüft oder noch länger. Das kann man ja nicht nur auf ordoliberales Gedankengut zurückführen, um die mal 'n bisschen zu schützen, sondern da stecken ja noch andere Sachen irgendwie mit drin, so 'ne innere Hemmung da überhaupt in diese Richtung zu gehen.

**00:12:03 Sebastian Dullien**

Ja, aber ist das nicht ordoliberales Gedankengut, wenn du sagst, das ist eine innere Hemmung. Also es ist ja nicht so, dass man nicht Sachen schnell machen könnte, wenn man es machen wollte. Also das ist, wenn du dir anguckst, wie schnell die LNG-Terminals in Deutschland geplant, genehmigt, gebaut worden sind, wie schnell auch die Gaspreisbremse umgesetzt worden ist am Ende. Es passieren ja Dinge oder wie schnell meinerwegen Rheinmetall jetzt eine neue Munitionsfabrik geplant, gebaut, genehmigt bekommen und in Betrieb genommen hat. Das geht, wenn man das möchte. Von daher ist da schon mein Verdacht, dass, man auch, ja, wie du richtig gesagt hast, man hat eine innere Hemmung, aber wo kommt die denn deiner Meinung nach her, wenn nicht daher, dass man irgendwie sich nicht sicher ist, ob man vielleicht das doch nicht machen sollte.

**00:12:43 Marco Herack**

Vielleicht können uns ja Anhänger dieser Denkrichtung dazu ein paar Gedanken schreiben, damit wir da mehr erfahren...

**00:12:49 Sebastian Dullien**

Genau, nur, nur damit das klar ist, es, es gibt Gefahren damit. Es die Gefahr, dass, dass da, Einzelinteressen, den Prozess kapern. Es gibt die Gefahr, dass das Geld ausgegeben wird, was hinterher keine Wirkung hat und so weiter. Das ist ja alles richtig. Nur das Problem ist, dass aus unserer Sicht keine alternative plausible Politik vorgeschlagen wird, wie man damit umgeht.



Und das ist was, was in diesem Report ja auch noch mal drinnen steht. Wir diskutieren jetzt eben seit einem halben Jahr über Dinge wie das Bürgergeld oder keine Ahnung, vielleicht auch die Rentenreform und wo man noch überall kürzen sollte, wo man vielleicht 3 oder 4€ Praxisgebühr erheben sollte. Und das sind halt wirklich nicht die Dinge, die der Industrie helfen dürften. Wenn China sagt, wir wollen keine westlichen Autos, dann sind eben 2-3 Prozentpunkte Lohnkosten in Wolfsburg nicht entscheidend.

**00:13:37 Marco Herack**

Lebt denn die sozialökologische Transformation noch?

**00:13:40 Sebastian Dullien**

Sie sollte noch leben, wenn man sie jetzt abwürgt, wäre das nach unserer Sicht keine gute Idee. Unsere Argumentation ist da folgende, dass grüne Energien eine Zukunftstechnologie sein werden. Wir haben auch, wir haben keine eigenen fossilen Brennstoffe, wir haben sehr unschön gemerkt die letzten Jahre, wie unangenehm das ist, wenn man von importierten fossilen Brennstoffen abhängig ist. Von daher muss das weiter gefördert und vorangebracht werden. Die Frage ist ein bisschen, wie und da laufen Sachen zum Teil nicht so gut.

**00:14:13 Sebastian Dullien**

Also zum Beispiel, ist ein bisschen skeptisch in dem Report jetzt, was den steigenden CO2-Preis zusammen mit dem CO2-Grenzausgleich angeht, weil da sind einfach ein paar ungelöste Fragen. Aber wir sagen, grundsätzlich ist dieser Weg der richtige, auch weil man diese Technologien nicht China überlassen sollte. Wichtig ist vor allem, dass man dafür sorgt, dass Strom ausreichend zuverlässig und verlässlich auch günstig zu bekommen ist, damit man eben elektrifizieren kann. Und auch da springt die Regierung noch ein bisschen zu kurz.

**00:14:43 Marco Herack**

Was heißt das, die springt zu kurz?

**00:14:44 Sebastian Dullien**

Na ja, also es gibt jetzt eine ganze Reihe von Entlastungen, aber zum Beispiel eigentlich zu wenig Entlastung für die Privathaushalte, die ja auch für die Elektrifizierung wichtig sind, wenn wir mal an E-Autos denken oder an Wärmepumpen. Aber, auch bei Dingen wie Kostenentlastung für Industriestrom. Was da eigentlich das Argument ist, wir brauchen über längere Zeit einen verlässlich günstigen Industriestrom, damit man heute Investitionen macht, für die Elektrifizierung. Sei es beim Stahl, sei es bei Glasherstellung, bei all den Dingen, die es gibt und was im Moment passiert ist, dass halt Geld zusammengekratzt wird, dass für die nächsten 23 Jahre da was getan wird, aber eben keine langfristige Planungssicherheit entsteht.

**00:15:24 Sebastian Dullien**

Das ist nicht schlecht, auch nicht falsch, aber es löst halt dieses Problem der Unsicherheit nicht. Nach der russischen Ukraine-Invasion ist ja gerade der Strompreis in die Höhe geschneit und hat den Unternehmen bewusst gemacht, wie schwankungsanfällig das sein kann und wie unsicher dieser Preis ist. Eigentlich brauchen wir irgendwas, was diese Unsicherheit beseitigt und Planungssicherheit schafft und das macht die Politik hier eben im Moment nicht.

**00:15:49 Marco Herack**

Mein Eindruck ist ja auch, dass wir irgendwie da in so einem komischen Denken verfangen sind, dass man alles über irgendwelche CO<sub>2</sub>-Bepreisung regeln könnte und sich dann da, man macht alles teurer, ja einerseits, aber irgendwie versucht man dann Geld zu sparen, weil man es nicht hat, daran die Dinge zu fördern und dann auch verbindlich in eine Richtung zu drücken, so dass dann auch Unternehmen wieder abspringen, Ausreden haben und so weiter und so fort.

**00:16:15 Sebastian Dullien**

Ja, genau, das ist, das ist auch eins der Probleme, was wir da auch sehen, dass man eben doch zu stark auf den CO<sub>2</sub>-Preis immer noch setzt und ja, dass man auch bei anderen Stellen Hemmungen hat, über staatliche Eingriffe dafür zu sorgen, dass die Sachen günstig sind. Also zum Beispiel ein Punkt ist, wir brauchen sehr viel mehr Netzkapazitäten bei der Elektrifizierung. Die werden im Moment so geregelt, dass da private Netzbetreiber sind, eine gewisse Garantierendite auf ihre Investitionen bekommen, jetzt kurz gesagt, die investieren da und kriegen eine Rendite daraus. Diese Rendite, die die da verlangen und verlangen dürfen nach der Regulierung, liegt halt deutlich darüber, was der Staat bezahlen müsste, wenn er sich das Geld leihen würde.

**00:16:51 Sebastian Dullien**

Da das dann umgelegt wird auf den Strompreis, wird dadurch der Strom übermäßig teuer. Ich glaub, da hat hatten wir auch hier schon mal drüber gesprochen oder du auch mit meinen Kolleginnen und Kollegen darüber gesprochen. Tom Krebs von der Uni Mannheim hatte da eine Studie für die Hans-Böckler-Stiftung gemacht, wo er eben vorgerechnet hatte, wie viel günstiger es wäre, der dem Netzausbau eben über öffentliche Unternehmen, statt über private Unternehmen zu machen. Das ist auch einer der Punkte. Der andere Punkt, den du erwähnt hast, ist halt tatsächlich der CO<sub>2</sub>-Preis, der jetzt ja doch sehr deutlich steigen wird und wo die kostenlose Zuteilung von diesen Zertifikaten an die Unternehmen aufhören soll, irgendwann. Geschützt werden soll dann meinetwegen bei so Dingen wie Stahl oder Zement, der europäische Markt dadurch, dass Importe irgendwie dreckig und CO<sub>2</sub>



intensiv hergestellt worden sind, dass da ein sogenannter Grenzausgleich draufkommen soll.

**00:17:38 Sebastian Dullien**

Das schafft aber ein paar Probleme, weil zum Beispiel gar nicht geklärt ist, jetzt meinetwegen ein deutscher Autobauer, der Autos ins Ausland verkauft. Vielleicht ist der Stahlmarkt in Europa dann geschützt, aber der zahlt ja dann für seinen Stahl deutlich mehr als der Konkurrent aus China meinetwegen. Und dann ist man, im Auslandsgeschäft wiederum nicht Wettbewerbsfähigkeit. Also da gibt es halt eine ganze Reihe von Problemen, die eigentlich nicht richtig gelöst sind. Und gerade in einer Welt, wo die anderen jetzt zunehmend, sagen wir, skeptischer werden, was nationale CO2Bepreisung angeht, also für die USA kann ich mir das im Moment absolut nicht vorstellen, dass es da sowas gibt. Gerade in so einer Welt, ist das dann wirklich schwierig mit so einem Ansatz zu fahren.

**00:18:15 Marco Herack**

Ja, wäre es nicht ohnehin grundsätzlich besser, man würde mehr Anreize schaffen, etwas zu tun, als das, was nicht getan werden soll, zu verteuern. Also so, dass dann das, was getan werden soll, sich so schnell verbreitet und eine so hohe Nachfrage entsteht durch niedrige Preise, dass das quasi zum Selbstläufer wird. Das ist ja auch in der Wahrnehmung der Menschen, glaub ich, viel angenehmer, etwas haben zu wollen, als etwas verboten zu bekommen.

**00:18:44 Sebastian Dullien**

Ja, wir haben das auch mal so argumentiert, wir haben das auch so argumentiert bei der Diskussion über die Politik, dem Inflation Reduction Act von Joe Biden, der ja genauso, genau diesen Ansatz dabei hatte. Das Problem ist natürlich ab irgendeinem Punkt, wie bezahlt man diese Art der Förderung. Möglicherweise hast du recht, dass es am Ende wirtschaftlich günstiger ist, weil über die lange Frist die Sachen dann irgendwann billiger werden. Nur man weiß nicht ganz genau, ob diese Anfangssubventionen das am Ende tatsächlich refinanzieren oder das dann bezahlen und man muss natürlich am Anfang irgendwo das Geld hernehmen. Weil Beschränkungen durch die Schuldenbremse oder auch durch die Finanzmärkte, wenn man sich nicht unbegrenzt verschulden kann, da gibt es Grenzen und ist das schwierig.

**00:19:23 Marco Herack**

Gut, wir haben ja in der letzten Folge auch schon drüber geredet. Also, letzte Folge war die Prognose, dass es im Arbeitsmarkt 2026 eher mau aussieht, was Wachstum betrifft. Vielleicht sogar eher ein kleiner Rücksetzer noch mal. Das stellt natürlich die Frage, was man da als Regierung tun könnte. Habt ihr da ein paar Antworten gefunden.

**00:19:43 Sebastian Dullien**

Erstmal, grundsätzlich haben wir im Moment ein konjunkturelles Problem auf dem Arbeitsmarkt. Also, weil die Wirtschaft nicht wächst, steigt auch die Arbeitslosigkeit leicht und sinkt die Beschäftigung. Aber absehbar hat auch Deutschland ein Problem mit dem Arbeitsangebot. Also dadurch, dass die Erwerbsbevölkerung schrumpft, absehbar, ist da schon möglicherweise auch nicht genug Arbeitsangebote. Und wir sagen, hier muss man schon ansetzen und das ist jetzt halt auch alles nicht wahnsinnig neu, aber man muss eben gucken, dass man die inländischen Potenziale nutzt, dass man junge Menschen, die keinen Schulabschluss haben, keine Berufsausbildung haben, dass man die in den Arbeitsmarkt integriert, dass man Menschen, das sind vor allem Frauen, auch sehr oft Frauen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die in marginaler Teilzeit arbeiten, dass man die in Richtung Vollzeit nahe Teilzeit bringt.

**00:20:27 Sebastian Dullien**

Und natürlich brauchen wir auch anhaltend Zuwanderung von Fachkräften. Also jetzt Zuwanderung ist das, was auch in den letzten Jahren Beschäftigungswachstum bei uns gebracht hat oder auch die Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die dann hier waren, die dann integriert worden sind. Wenn man da zu massiv das begrenzt, dann gibt es auch irgendwann ein Problem tatsächlich auf dem Arbeitsmarkt, und zwar ein Problem des Arbeitskräftemangels in bestimmten Bereichen.

**00:20:51 Marco Herack**

Jetzt hast du gerade gesagt, das ist jetzt alles nicht neu, aber ebenso wenig wie es neu ist, ist es halt ungelöst seit Jahren. Also da ist ja auch eine Stagnation der Lösungsbereitschaft zu sehen.

**00:21:03 Sebastian Dullien**

Ja, möglicherweise ja auch noch schlimmer, weil die Dinge, wenn wir dann darüber reden, ob man Menschen nach Syrien jetzt abschieben soll, weil Syrien jetzt vermeintlich ein sicheres Land ist, dann... Na ja, gut und wir reden dann plötzlich über Leute, die hier meinetwegen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben und in die Rentensysteme einzahlen, dann ist das schon sehr merkwürdig, wenn man gleichzeitig irgendwelche Reformen für die deutsche Wirtschaft verlangt oder versucht, Überstunden steuerfrei zu stellen und das Arbeitsangebot zu erhöhen, weil, das geht einfach nicht zusammen und da wär mir auch ein bisschen mehr Ehrlichkeit lieb. Ich habe auch den Eindruck, dass selbst die Unternehmensvertreter da und die Wirtschaftsvertreter jetzt nicht, ausreichend deutlich sagen, dass das eigentlich Unsinn in der Form ist.

**00:21:47 Marco Herack**

Ja, ich habe jetzt ein bisschen gelacht, weil, also Syrien ist kein sicheres Land, das ist ein.

**00:21:52 Sebastian Dullien**

Ja, Marco, ich wollte das jetzt auch hier überhaupt nicht behaupten, dass Syrien ein sicheres Land ist...

**00:21:57 Marco Herack**

Du nicht, aber die Politik... Die Politik, was mich aber nämlich eben zu dem nächsten Punkt auch bringen würde, wenn wir jetzt noch ein, zwei Sachen haben, über die wir sprechen wollen. Aber, ich mein, wir haben jetzt ein Wahljahr oder ein Jahr, in dem sehr viele Wahlen stattfinden. Das sind eigentlich nicht Jahre, in denen groß Lösungen geschaffen werden.

**00:22:17 Sebastian Dullien**

Ja, es ist natürlich eine gute Frage. Wir haben eigentlich in einem deutschen System ja wenig Jahre ohne Wahlen. Von daher würde ich jetzt hoffen, dass auch in Jahren mit relevanten Wahlen man Lösungsvorschläge bringen könnte und auch umsetzen könnte. Das basiert ja auch ein bisschen auf der Annahme, dass Lösungen immer so sein müssen, dass sie möglichst weh tun. Aber es gibt ja durchaus Dinge, na ja, die vielleicht gar nicht so weh tun, ne. Also wir haben jetzt den Komplex der Industriepolitik gesprochen, wo genau ist das Problem mit Wahlen und Industriepolitik? Also das hat ja nichts miteinander zu tun, möglicherweise hat jetzt die Frage der Abschiebung, weil das populistische Themen sind, die die in den Wahlkampf reingehen. Das hat vielleicht was mit einem Wahljahr zu tun, aber viele der anderen Dinge haben das ja einfach nicht.

**00:22:59 Marco Herack**

Das ist eine sehr interessante Frage. Also ich hab jetzt das deswegen reingebracht, weil, bei der CSU war halt das Thema, Stichwort Flüchtlinge, ne, das jetzt irgendwie gerade versucht, wieder zu einem Thema zu machen, obwohl die Flüchtlingszahlen ja runter sind, derer die jetzt noch ankommen und man sagen könnte, OK also jetzt ist ja mal Ruhe in der Sache drin, warum sollte man das überhaupt noch hochjazzen, hält sie aber nicht davon ab. Das sind alles so Signale, also mal so rum gesagt, ich glaube schon, dass wir gerade in so einer gewissen Fragilität uns auch befinden, politisch mit großen Ängsten versehen, wie es weitergeht, wer künftig regiert, ob die Regierung hält und da die Kraft aufzubringen, notwendige Maßnahmen voranzubringen, vor allen Dingen, wenn es so ein bisschen ideologischer wird und da wären wir ja auch wieder bei den Ordoliberalen, unter anderem in Sachen Industriepolitik und wie man da vorangeht, das ist dann immer ein bisschen schwerer und deswegen bin ich immer etwas weniger hoffnungsfroh, wenn wir dann vor so einem Jahr stehen mit so vielen Sonderereignissen.

**00:24:01 Sebastian Dullien**

Ja, ja ja klar, also dem würde ich an der Stelle auch zustimmen.

**00:24:05 Marco Herack**

Und eines dieser Sonderereignisse könnte dann z.B. bei der EZB passieren. Nein, natürlich nicht, das war jetzt einfach ein schlechter Übergang und die Geldpolitik dürfte ja durchaus auch eine Rolle spielen in diesem Jahr, oder? Also, es gibt ja da widerstrebende Aussagen, ob das jetzt noch mal Zinssenkungen gibt oder ob es nicht sogar schon wieder demnächst dann Erhöhungen geben sollte oder in irgendwelcher Zukunft. Dann wird EZB-Präsident, das wird wohl auch neu verhandelt, also da steht ja auch einiges an.

**00:24:32 Sebastian Dullien**

Genau, und das ist auch durchaus wichtig, die Europäische Zentralbank hat zwar die Zinsen gesenkt. Das heißt, dass sie jetzt eigentlich nicht mehr bremst. Der Leitzins liegt bei 2%, Das heißt, damit nach unserer Einschätzung wird die Wirtschaft jetzt nicht mehr gebremst. Aber es ist auch eine Situation, wo von außen so viel Belastungen sind, dass es auch gar nicht drum geht, ob man noch mehr bremst, sondern eigentlich müsste es drum gehen, ob man ein bisschen fördert. Also, wir haben ja gestern auch Inflationszahlen bekommen, die sehr niedrig ausgefallen sind. Nach unserer Prognose, nach allen gängigen Prognosen, bleibt die Inflation etwa bei 2% die Lohnstückkosten, die wir als wichtigen mittelfristigen Anker für die Inflation sehen, steigen auch etwa um 2% oder ein bisschen da drunter für die Eurozone.

**00:25:14 Sebastian Dullien**

In vielen Ländern liegt es auch da drunter. Und das ist eine Situation, wenn gleichzeitig die Industrie auf der Kippe steht und da auch die Gefahr besteht, dass Unternehmen pleitegehen, Menschen entlassen werden, Produktionskapazitäten einfach zerstört werden. Das ist aus unserer Sicht eine Situation, wo die Geldpolitik eigentlich stützen sollte. Also die Zinsen eigentlich noch weiter senken sollte.

**00:25:36 Sebastian Dullien**

Komischerweise, und ich mein, da ist auch ein gewisser Kontrast. In den USA wächst die Wirtschaft stärker, die Inflation ist höher, ist weiter vom Ziel weg und die FED hat gesagt, oh, na, bisschen finden wir das doch wackelig und senkt deshalb die Zinsen bei uns, hält sich die EZB damit zurück und zum Teil signalisieren die Mitglieder des Direktoriums sogar, dass sie die Zinsen erhöhen könnten. Und das ist natürlich, ist ein Politikfehler aus unserer Sicht und da kann man nur ganz stark vor warnen.

**00:26:03 Marco Herack**

Wobei die FED ja sich jetzt auch nicht so sicher war. Also da gab es durchaus unterschiedliche Meinungen, ne, das war recht knappe Entscheidung.

**00:26:11 Sebastian Dullien**

Ja, gut, aber es ist eine ganz andere Rahmenbedingung in den USA Der US-Dollar hat abgewertet, das heißt da kommt importierte Inflation, hinzu

kommen die Zölle, die die Preise nach oben drücken und die Wirtschaft wächst noch einigermaßen robust. Wir haben hier in Europa die Situation, die Wirtschaft wächst wenig, der Euro hat kräftig aufgewertet, ist es nicht ein zusätzlicher Schutz durch die Zölle für die inländische Wirtschaft da und darum der Inflationsdruck ist bei uns viel, viel geringer und der Konjunkturdruck nach unten ist eigentlich stärker oder die Risiken sind stärker. Und von daher wäre es schon angemessen, dass da bei uns, auch wenn die FED jetzt möglicherweise auch nicht mit großer Verve die Zinsen massiv senkt, wäre es aber für die EZB durchaus angemessen, die Zinsen ein Stück runterzunehmen.

**00:26:56 Marco Herack**

Was macht denn die EZB, wenn dann im Mai, Herr Powell dann doch noch seinen Posten aufgibt, also er muss ja, weil dann seine Zeit zu Ende ist und Trump dann jemanden reinsetzt, der in seinem Sinne die Zinsen stark senken möchte? Weil, das ist ja seine Forderung und er will auch nur jemanden bestimmen, der das tut. Natürlich gibt es dann trotzdem Abstimmungen, aber man kann schon davon ausgehen, dass die versuchen werden, dann alle unter Druck zu setzen und so weiter und so fort. Also wenn das dann wirklich passiert, dass in den USA stark die Zinsen sinken, wie müsste denn dann die EZB darauf reagieren?

**00:27:30 Sebastian Dullien**

Na, ich glaub, das Wichtige wäre dann, wie der Wechselkurs reagiert und da kommt es, glaub ich, ein bisschen darauf an, inwieweit der neue FED-Präsident, die neue FED-Präsidentin dann die Märkte verunsichert oder nicht.

Wenn es noch eine kräftige Dollarabwertung gibt, dann müsste auch die EZB eigentlich noch mal die Zinsen senken, wenn das einigermaßen stabil ist und das im Grunde schon von den Märkten vorweggenommen worden ist, dann ist das nicht alleine das Argument, Zinsen zu senken. Ich würde sagen, also grundsätzlich muss die EZB darauf gucken, wie die Wirtschaftslage hier aussieht und der Zins der FED ist vor allem ein Referenzpunkt, wenn es um den Wechselkurs geht. Und wenn man das Gesamtbild anguckt, hat die EZB jetzt Spielraum, noch mal die Zinsen zu senken und das soll sie auch nutzen.

**00:28:15 Marco Herack**

Aber die Signale aus der EZB sind gerade eher andere, ne?

**00:28:18 Sebastian Dullien**

Nee, die Signale aus der EZB sind eher andere und das hat, du hast ja auch schon angesprochen, mit der Nachfolge von der aktuellen EZB-Präsident Christine Lagarde zu tun, dass da offensichtlich einige sich in die ein oder andere Richtung in Stellung bringen möchten und deshalb Äußerungen in die ein oder andere Richtung machen. Also zumindest wäre das meine Interpretation. Ob das dann wirklich hilfreich ist, auch für die individuelle Karriere, das wird man dann sehen.

**00:28:43 Marco Herack**

Ich bin halt immer so ein bisschen irritiert, dass aus der EZB ständig das Signal kommt, ja, wir wollen den Euro als Weltwährung weiter etablieren und so weiter und so fort. Aber das hat ja dann zur Folge, dass der Euro eher stärker werden müsste, auch gegenüber dem Dollar und das ist ja eigentlich etwas, was man aktuell nicht will, weil der ja zumindest im Rahmen der oberen Spanne der Bewertung ist, die vielleicht gerechtfertigt ist.

**00:29:07 Sebastian Dullien**

Wenn wir eine größere Bedeutung für den Euro haben möchten weltweit, dann heißt das, dass mehr Menschen oder mehr Anleger im Ausland ihr Geld in Euro anlegen möchten. Wie stark dann das mit der Aufwertung tatsächlich stattfindet, das hängt dann natürlich auch sehr davon ab, wie die EZB darauf reagiert. Wenn sie dann die Zinsen senkt und sagt, na ja, also wir gehen da auch ein bisschen dagegen, dann könnte man sich auch eine Situation vorstellen, wo der Anteil des Euro im globalen Portfolio steigt, aber die Zinsen und die Finanzierungskosten bei uns nicht und auch die die Aufwertung in gewisser Weise begrenzt bleibt.

**00:29:39 Sebastian Dullien**

Das wäre dann positiv auch für die Wirtschaft in Europa. Aber da scheint die EZB im Moment eher, weil sie so auf Vorsicht geht und Vorsicht in dem Sinne, dass sie auf gar keinen Fall zu niedrige Zinsen haben möchte. Für so ein Szenario ist die Politik im Moment nicht angemessen, die die Europäische Zentralbank fährt.

**00:29:57 Marco Herack**

Sebastian Dullien, vielen Dank für das Gespräch.

**00:30:00 Sebastian Dullien**

Danke, lieber Marco.

**00:30:01 Marco Herack**

Wenn ihr ein paar Gedanken zum Jahr 2026 habt, was ihr erwartet oder befürchtet, dann sendet sie uns an [systemrelevant@boeckler.de](mailto:systemrelevant@boeckler.de). Das ist unsere E-Mail-Adresse. In den Shownotes findet ihr die Liste unserer sozialen Netzwerke sowie alle weiteren Podcasts. Derer haben wir zwei und zum Schluss, wie immer der Hinweis, dass wir uns sehr darüber freuen, wir uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert und somit keine Folge verpasst. Vielen Dank fürs Zuhören, euch ein schönes Jahr 2026 und bis nächste Woche. Tschüss.

**00:30:31 Einsprecher**

Das war Systemrelevant: Fakten für eine demokratische und nachhaltige Wirtschaft.